

Donnerstag, 27. Januar 2005

Kommt das Aus für das Arbeitslosenzentrum?

(gam) Seit Hartz IV am 1. Januar in Kraft getreten ist und die ersten Leistungsbescheide von Sozial- und Arbeitsamt bei den Leistungsempfängern eingetroffen sind, hat das Team vom Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach alle Hände voll zu tun. „Es ist nichts mehr so wie vorher. Die Leute sind verzweifelt, weil sie erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen müssen“, berichtet Leiter Karl Sasserath. In den ersten drei Wochen hat allein Berater Jürgen Bahr über 200 Beratungen gezählt. Im Vorjahr waren es in diesem Zeitraum 120.

Nachvollziehbare Berechnung

„Thema sind vor allem intransparente Leistungsbescheide, in denen nicht nachvollziehbar ist, wie zum Beispiel das anzurechnende Einkommen berechnet wurde“, erklärt der Sozialarbeiter. Geldbescheide unterlägen bestimmten Anforderungen. Dazu gehöre eine nachvollziehbare Berechnung. Etwa 80 bis 90 Prozent der Bescheide seien nicht korrekt, schätzt Sasserath.

Weil das Sozialgesetzbuch II ein sehr dünnes Gesetz sei, aus dem zahlreiche Wege in andere Gesetze führten, ist die Beratung umfangreicher geworden. Die Klienten müssten zurzeit in verschiedenen Bereichen wie Rechtsfragen oder die Zusammenstellung von Anträgen unterstützt werden. Das kann je nach Fall sehr zeitintensiv sein.

Dazu komme, dass die Koordination zwischen Sozialamt und Arbeitsagentur nicht reibungslos laufe. Die dafür zuständige Arbeitsge-



Karl Sasserath leitet das Arbeitslosenzentrum. FOTO: BÜNDNISGRÜNE

meinschaft zwischen Stadt und Arbeitsagentur soll ihre Arbeit erst zum 1. Juli aufnehmen. „In dieser Situation ist eine funktionierende Beratungsstruktur nötiger denn je. Durch Zufall haben wir jetzt erfahren, dass die Stadtverwaltung dem Rat vorschlägt, die Förderung der Sozialberatung ab 2006 ersatzlos zu streichen“, empört sich Sasserath.

Das würde nach über 20 Jahren das Aus für das Arbeitslosenzentrum bedeuten. Denn das dann auftretende Defizit von 34 000 Euro könnte der Trägerverein nicht aus eigenen Mitteln kompensieren. Erschwerend kommt hinzu, dass auch die Förderung aus dem Sozialfonds der Europäischen Union zum 31. Dezember endet.

In den Kürzungen sieht Sasserath die Zerschlagung der gewachsenen Beratungsstruktur in Gladbach. „Aber angesichts der Eckdaten Gladbachs mit 31 000 Empfängern von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe kann man nicht davon reden, dass der Beratungsbedarf nicht gegeben ist.“